„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.

Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten Stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Der englisch-canadische Vertrag und unser Weizen.

Die britische Reichswirtschaftskonferenz, die im Sommer in Ottawa abgehalten wurde, hat hochgespannte Hoffnungen erweckt, die aber mehr und mehr einer Enttäuschung wichen. Noch skeptischer wurden die Konferenzergebnisse betrachtet, als sich herausstellte, daß diese auch in Großbritannien nicht mit ungeteilter Freude aufgenommen wurden. Die sogenannte nationale Regierung MacDonalds zerbrach sogar an den scharfen und unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten, welche durch die Ottawa Konferenz im britischen Kabinett hervorgerufen wurden. Auch in anderen Teilen des britischen Reiches begegnete das Resultat von Ottawa lebhafter Kritik.

Der Stein des Anstoßes ist hauptsächlich der Umstand, daß die Regierung Großbritanniens wie Canadas bei Abfassung der Verträge im Prinzip an ihrer Hochschutzzollpolitik festhielten und diese unter dem Deckmantel gewisser Zugeständnisse für den Handel innerhalb des britischen Reiches — sogar noch verschärften. Zugleich stützen sich die Abmachungen, soweit Canada in Frage kommt, auf die hohen Zollsätze, die von der konservativen Bennett-Regierung eingeführt worden sind, und werden infolgedessen nicht die günstigen Auswirkungen erzielen, die etwa das bekannte Dunning-Budget hervorgerufen hätte. Besonders auffallend tritt das in die Erscheinung, wenn man beispielsweise die Zollsätze für Woll- und Baumwollwaren aus England vor und nach der Konferenz vergleicht und dann noch die im Dunning-Budget vorgesehenen Sätze betrachtet, wie nachstehend ersichtlich:

	Bennett Zölle vor der Konferenz	Konferenz-Zölle.	Dunning Zölle.
Kattundruckwaren	44%	41%	18%
Weißer Baumwoll-Flanell	43%	41%	16%
Wollene Ueberzüge	87%	82%	26%
Wollene Stückwaren	52%	50%	26%
Wollene Strümpfe	74%	65%	23%
Wollene Decken	86%	63%	21%

Das sind nur einige Beispiele, aus denen aber klar hervorgeht, daß die Konferenz-Zölle nur wenig gemilderte Hochschutzzölle sind. Dazu kommt noch als sehr bedenkliche Erscheinung hinzu, daß der canadische Handel mit den Vereinigten Staaten, einem unserer besten Kunden, sowie mit den Ländern auf dem europäischen Kontinent durch die Konferenzabmachungen in schwerster Weise betroffen wird. Die ziemlich mäßigen Zugeständnisse, die auf der einen Seite dem britischen Handel in Canada eingeräumt werden, werden auf der anderen Seite wieder zunichte gemacht.

Die für Canada und besonders für den canadischen Westen so verderbliche Hochschutzzollpolitik der Bennett-Regierung wird mithin in etwas anderer Form fortgesetzt. Daher stellte auch der canadische liberale Führer Mackenzie King im Parlament die berechtigte Frage: „Wie können wir diese Vereinbarungen annehmen, die auf der konservativen Schutzzollpolitik beruhen?" und fügte hinzu, die canadischen Zölle würden auf die Stufe des Dunning-Budgets herabgesetzt werden, sobald die Liberalen wieder ans Ruder kämen. Diese seien auch bereit, Großbritannien Vorzugszölle im Durchschnittsbetrage von 50 Prozent einzuräumen, wenn die britischen Waren über canadische Häfen eingeführt werden.

Das Schmerzenskind Canadas und selbstverständlich in erster Linie des Westens ist unser unverkäuflicher Weizen. Wird der Absatz dieses für uns so eminent wichtigen landwirtschaftlichen Produktes durch die Vereinbarungen zwischen Ottawa und London erleichtert werden? Der canadische Getreidehandel scheint in dieser Hinsicht nicht sehr optimistisch eingestellt zu sein, obwohl Großbritannien sich bereit erklärt hat, einen Zoll von zwei Schillingen auf acht Buschel des ausländischen (d. h. nichtbritischen) Weizens zu legen, um so den in britischen Gebieten gebauten Weizen dem aus anderen Ländern vorzuziehen. Wir müssen uns jedoch stets die Tatsache vor Augen halten, daß Großbritannien gar nicht allen canadischen Weizen abnehmen und verbrauchen kann, daß wir Canadier folglich auch auf den Handelsverkehr mit anderen Ländern, die als unsere Weizenkunden in Frage kämen, angewiesen sind. Diesen „anderen Ländern" aber wurde durch die kurzsichtige, von östlichen Fabrikanteninteressen diktierte konservative Zollpolitik, die auch auf der Ottawa-Konferenz dominierte, wieder einmal die Tür vor der Nase zugeschlagen.

Auf der einen Seite haben die Farmer wie die Städter keine nennenswerte Verbilligung der notwendigsten Bedarfsartikel, die aus Großbritannien und dem übrigen Ausland eingeführt oder in Canada unter dem Schutze der hohen Zölle hergestellt werden, zu erwarten, auf der anderen wird das Problem unseres Weizenverkaufs weiter auf uns lasten und einen allmählichen Aufstieg des schwerbedrängten Westens verhindern. Man kann es nur zu begreiflich finden, daß angesichts dieser Lage die Forderung nach einem neuen 5 Cents-Weizenbonus wiederum nachdrücklich von Farmerseite erhoben wird. Der liberale Abgeordnete John Vallance von Süd-Battleford, Sask., ist vor wenigen Tagen im canadischen Parlament kräftig dafür eingetreten unter Hinweis auf den viel zu niedrigen Weizenpreis, der seit der britischen Wirtschaftskonferenz in Ottawa nicht gestiegen, sondern im Gegenteil noch tiefer gesunken ist.

Roosevelts Aussichten steigen.

Nach allen aus den Vereinigten Staaten zu uns kommenden Nachrichten hält die günstige Wahlstimmung für den demokratischen Kandidaten Roosevelt, weiter an, ja sie nimmt noch zu. Der Wahlausfall im Staate Maine bedeutete ein weithin sichtbares Warnungssignal für die Republikaner, die daraufhin denn auch ihre Bemühungen verdoppelten, ohne daß allerdings bisher ein Erfolg sichtbar geworden wäre. Hoover hat sich neuerdings ja zum persönlichen Eingreifen in die Wahlschlacht entschlossen; bislang begnügte er sich noch damit, seine Streitkräfte von seinem Hauptquartier hinter der Front zu lenken, während sein Gegner Roosevelt sich persönlich in die Schlacht gestürzt hat. Die Aussichten für ihn werden recht günstig beurteilt, was auch daraus hervorgeht, daß die Wetten in Wallstreet immer mehr zu seinen Gunsten lauten. Die Energie, mit der er den New Yorker Oberbürgermeister Walker absägte, hat im Lande starken Eindruck gemacht; sein Wahlschlachtruf „Versuch's einmal andersherum!" findet bei immer mehr Wählern Anklang, und selbst die Börse, die sonst eigentlich von Hause aus republikanisch eingestellt ist, scheint sich mit einem künftigen demokratischen Präsidenten abgefunden zu haben. Angesichts der Tatsache, daß die Wahlen bereits in wenigen Wochen stattfinden, dürfte der überwiegende Teil der Wählerschaft sich über seine Stimmabgabe bereits im klaren sein. Ist dem aber so, dann liegt Hoovers einzige Aussicht auf ein günstiges Abschneiden in dem unerwarteten Auftauchen einer schwierigen Lage in der Außenpolitik, die einen Personenwechsel an führender Stelle als höchst unerwünscht erscheinen ließe. Allerdings kann man sich nur schwer denken, daß Hoover das Spiel mit dem Feuer gegenüber Japan — denn nur von dort könnte eine Gefahr drohen — so weit treiben wird, daß er es auf einen Krieg ankommen ließe, nur um seine Wahlaussichten zu verbessern.

Polnische Forderungen.

Die Freie Stadt Danzig hat seit ihrer Lostrennung von dem Deutschen Reich einen hartnäckigen Kampf gegen die fortwährenden Uebergriffe der Polen zu führen, der in der letzten Zeit wieder an Heftigkeit zugenommen hat. Sie fordern jetzt nicht weniger als die Zuteilung aller Hoheitsrechte auf dem Gebiete nicht nur des Zollwesens, sondern auch der Wirtschaftsgesetzgebung (Ein- und Ausfuhr). Polen will insbesondere den Umfang seiner Kompetenzen künftig selbst und allein bestimmen; Polen verlangt ferner bedingungslose Anpassung der indirekten Steuern und Monopole an die polnische Gesetzgebung, ohne Danzig irgendeine Einwirkung auf die Gesetzgebung zum Schutze der Danziger wirtschaftlichen Interessen und Bedürfnisse zuzugestehen. Polen fordert darüber hinaus die völlige Herrschaft über die Freie Stadt auf dem Gebiete der Sicherheitspolizei und auf allen anderen Gebieten der inneren und kulturellen Verwaltung, also auch die Zensurausübung.

Dieser Anspruch ist bereits einmal von den Genfer Sachverständigen als unbegründet bezeichnet worden. Polen verlangt die Unterwerfung in kategorischer Form.

Der Warschauer „Kurjer Polski," das Blatt der polnischen Großindustrie, verlangt das Ausscheiden Polens aus dem Völkerbundsrat, um seine Handlungsfreiheit wiederzugewinnen, zumal der Völkerbund vor dem moralischen Bankerott stehe.

Deutsches Bauernelend in der Nordmark.

Die Lage der deutschen Bauern in Nordschleswig ist beinahe ärger noch als die ihrer schwer um die Existenz ringenden Berufsgenossen im Reiche. Produkte ihrer Viehzucht haben — man kann es ohne Uebertreibung feststellen — überhaupt keinen Preis mehr auf dem Binnenmarkt. Die Tragödie des deutschen Bauerntums in der Nordmark begann mit der staatlichen Neugliederung. Die damals weit besser organisierte und intensiver wirtschaftende dänische Landwirtschaft zwang die neuen Mitbürger zur gleichen Umstellung auf intensive Erzeugung und ein gegliederte Organisation. Nun ist es nicht nur in Dänemark so, sondern in ganz Europa, daß der intensiv wirtschaftende Bauer in diesen letzten Elendsjahren in ein heilloses Defizit geraten und sich in mörderische Schulden verstricken mußte. Die deutschen Bauern haben die zur Umstellung der Betriebe notwendigen Kredite hauptsächlich zur Zeit der Halbwertung der Dänenkrone aufgenommen. Es folgte die Revalorisierung — und mit einem Schlag waren die Schulden verdoppelt. Sie sind damit völlig unabdingbar und unabtragbar geworden. Kein Wunder, daß gegenwärtig dreitausend deutsche Bauernhöfe in Dänemark zur Zwangsversteigerung stehen. Bis heute sind diese Versteigerungen übrigens nicht vorgenommen worden, da die Bauernscholle auch in einer hochkommerzialisierten Welt eben kein gewöhnlicher Handelsartikel ist und wertlos wird, sobald man den erbgesessenen Besitzer zu verjagen sich unterfängt. Wo es gelegentlich doch zu Zwangsversteigerungen kam, rotteten die Bauern sich zusammen und versuchten mit Dreschflegeln und Ziegelsteinen die aus Kopenhagen herkommandierten Polizisten zu verjagen.

Weltumschau

Vom deutschen Reichstagswahlkampf. Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialisten, verweilte 2 Stunden auf dem Tempelhofer Flughafen, ehe er die Reise zu einer viertägigen Wirbelwindkampagne durch Ostpreußen fortsetzte, das eines der am heißesten umstrittenen politischen Gebiete Deutschlands darstellt. Hitler wird im Flugzeuge Insterburg, Marienburg, Königsberg und eine Reihe von kleineren Orten besuchen und Wahlreden halten. „Der Führer war höchst zufrieden mit den Wahlaussichten," sagte der nationalsozialistische Presseche Ernst Hanfstängel, während das Flugzeug Hitlers neuen Betriebsstoff einnahm. „Alles klappt glänzend."

In einer Wahlversammlung der Zentrumspartei in Münster, Westfalen, wurde dem früheren Reichskanzler Heinrich Brüning vom Volke eine große Ovation zuteil. In einer kurzen Rede griff Brüning die Papen-Regierung an. „Der Konservatismus bedeutet nicht", führte er aus, „durch Uebereifer alte Regierungsformen zurück zu bringen, verlangt vielmehr eine organische Entwicklung der Dinge." Der Redner zog Bismarck als ein Beispiel politischer Staatskunst an und erklärte, der „Eiserne Kanzler" habe nie verfehlt, die Parteiführer in wichtigen politischen Angelegenheiten zu sondieren.

Prälat Ludwig Kaas, der Führer der Zentrumspartei, erklärte: „Eine überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird nicht dulden, daß die Freiheiten und der Fortschritt, welche die Weimarer Verfassung gebracht, ohne Kampf von der Bureaukratie einfach auf den Schutthaufen geworfen werden."

Inzwischen steigt die Erregung des Wahlkampfes und an verschiedenen Stellen des Reiches kam es zu neuem Blutvergießen. In Leipzig wurde ein Nationalsozialist getötet und mehrere andere erlitten schwere Verletzungen. In Coburg wurden nach einem Straßenkrawall, bei dem viele Fensterscheiben zertrümmert und mehrere Polizisten verletzt wurden, 15 Personen verhaftet. Die Gefangenen trugen die Nazi-Uniform, konnten sich aber nicht als Mitglieder der Partei ausweisen.

Papen über die privaten Auslandsschulden. Reichskanzler Franz von Papen gab in Paderborn einen Grundriß der deutschen Politik mit Bezug auf die kommende Weltwirtschafts-Konferenz und erklärte, die Gläubigernationen könnten mit der Zahlung der deutschen Auslandsschulden nur dann rechnen, wenn sie bereit wären, deutsche Waren als Zahlung zu nehmen. Dieses bedeute, daß die Gläubigerländer ihre Grenzen der Einfuhr deutscher Erzeugnisse öffnen müßten. Es sei unlogisch, sagte er, Zahlungen zu erwarten, gleichzeitig aber die Grenzen gegen deutsche Waren geschlossen zu halten. Deutschland könne gegenwärtig keine neue Zurückziehung von Geld vonseiten der ausländischen Gläubiger ertragen, sagte Papen und fuhr fort: „Wir müssen von unseren Auslandsgläubigern erwarten, daß sie über ein einfaches Stillhalte-Abkommen hinausgehen und das Deutschland geliehene Geld konsolidieren. Wir betonen, was von den Gläubigerländern auch immer mehr eingesehen wird, daß der Schuldner seine Verpflichtungen nur mit Warenlieferung tilgen kann.

„Deutschlands Auslandsschuld von 20 Milliarden Mark wird erst dann aufhören, eine untragbare Last zu sein, wenn die Grenzen zum Auslande freigegeben werden und deutschen Waren auf dem Weltmarkte nicht länger unüberwindliche Hindernisse in den Weg gelegt werden."

Die Ergebnisse der britischen Reichskonferenz in Ottawa, sagte der Kanzler, hätten die Hoffnungen, daß die Handelsschranken fallen würden, nicht erfüllt.

„Wir hoffen jedoch," fuhr er fort, „daß die Weltwirtschaftskonferenz in dieser Beziehung Fortschritt bringen wird, ohne den es unmöglich ist, eine Besserung der Wirtschaftslage in der Welt herbeizuführen."

Mit Bezug auf die Opposition im Auslande gegen die deutsche Einfuhrbeschränkung bestritt der Kanzler nachdrücklich, daß die Importquotenpolitik die Stabilität der deutschen Währung gefährde.

„Die Einfuhrbeschränkung wurde nicht als eine Schikane beschlossen, sondern um die deutsche Landwirtschaft vor dem sicheren Zusammenbruch zu bewahren", erklärte der Kanzler. Gleichzeitig kündigte er an, daß die Regierung eine große Werbe-Kampagne für deutsche Waren im Auslande einleiten werde.

Papen wandte sich dann der politischen Lage zu und erklärte mit Bezug auf die Reichstagsauflösung im letzten Monate: „Wir haben nicht gewartet, bis alles zusammengebrochen war, sondern haben den Stier bei den Hörnern genommen."

Ueber die Frage der Abrüstung sagte der Kanzler: „Deutschlands Ziel ist nicht Aufrüstung zum Niveau seiner Nachbarn, sondern die Erreichung von Weltabrüstung bei gleicher Sicherheit und Gerechtigkeit. Es darf kein System der Hegemonie oder politischer Bündnisse in Europa herrschen, sondern ein System, unter dem die Nationen bei Wahrung ihrer Eigenart der Menschheit dienen können."

Der Reichskanzler erntete begeisterten Beifall für seine Ausführungen. Er hielt noch eine ähnliche Rede auf der Tagung der westfälischen Industriellen in Dortmund.

Blutige Zusammenstöße in Wien. Zu blutigen Zusammenstößen kam es zwischen Heimwehrleuten, Polizei und Sozialisten im Arbeiterviertel der Stadt Wien. Zwei Heimwehrleute und ein Polizist blieben tot auf dem Platz und weitere 26 Heimwehrleute wurden schwer verletzt. Die Unruhen kamen zum Ausbruch, während die Heimwehr in geschlossenen Reihen an dem Gebäude des Arbeiter-Klubs vorbeimarschierte. Die eigentliche Ursache des Zusammenstoßes ist nicht ganz klar. Tatsache ist indes, daß die Polizei, welche den Marschierenden als Eskorte diente, rasch eingriff, ehe die Krawalle große Ausdehnung angenommen hatten.

Ohne Zögern überfielen Polizeimannschaften den Arbeiter-Klub und verhafteten 45 Angehörige des Schutzbundes, der Organisation der Sozialisten. Siebzig Gewehre, zahlreiche Revolver und etwas Munition wurden konfisziert. Weitere hundert Verhaftungen wurden in der wild durcheinanderwogenden Menschenmenge, die sich vor dem Klubhaus angesammelt, vorgenommen, ehe endlich die Ruhe hergestellt werden konnte.

Nach den Berichten der Polizei war die Heimwehr auf einem Propagandamarsch durch das Arbeiterviertel begriffen, als plötzlich aus den Fenstern des Arbeiter-Klubs Schüsse fielen und einer der die Marschierenden begleitenden Polizisten, von einer Kugel getroffen, tot niederstürzte.

Kurz darauf erschien die „Arbeiter-Zeitung", das Organ der hiesigen Sozialisten, in Extra-Ausgabe. Diese gab eine wesentlich andere Darstellung des Vorfalls. Sie meldete, die Heimwehr habe während ihres Vorbeimarsches an dem Klubhaus Pistolen abgefeuert und die Fenster mit Steinen beworfen. In Selbstverteidigung habe der Schutzbund das Feuer erwidert. Die Zeitung deutete auch an, die eigentliche Ursache der Krawalle sei in dem Verhalten der Polizei zu suchen. Die Extra-Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung" wurde von der Polizei prompt konfisziert.

Der Marsch der 30,000 Heimwehrleute durch die Mitte der Stadt ging weiter und vollzog sich ohne weitere Zwischenfälle.

Neue rumänische Regierung gebildet. Der erbitterte Streit zwischen Nikolaus Titulescu und Premier Alexander Vaida-Voevod über Rumäniens Politik gegenüber Sowjet-Rußland führte zum Rücktritt der Regierung des Premiers. König Carol, der vor die schwierige Wahl gestellt war, entweder den Premier oder Titulescu über Bord zu werfen, gelangte zu der Entschließung, den Premier aufzugeben, der schon wiederholt seinen Rücktritt angetragen hatte. Des Königs Hoffnung auf eine Verständigung hat sich nicht verwirklicht. In einer Konferenz war ersichtlich, daß keine Möglichkeit für Zusammenarbeit Titulescus mit dem Premier vorhanden war, und unter den Umständen bewilligte der König den Rücktritt der Regierung.

Dr. Julin Maniu, Führer der nationalen Bauernpartei, und Jon Michalake, früherer Innenminister, sind von dem Monarchen nach seinem Schloß in Sinaia zu einer Konferenz eingeladen worden. Titulescu, dem nach seinem kürzlichen Rücktritt als Gesandter in Großbritannien der Posten des Außenministers angeboten wurde, ist ein beharrlicher Gegner der von Vaida-Voevod befürworteten Vorschläge für einen Nichtangriffspakt mit Sowjet-Rußland. Dr. Julin Maniu bildete eine neue rumänische Regierung, die nun beweisen soll, ob sie französischen Einmischungen einen starken Riegel vorschieben kann. Das Hauptbedenken gegen eine Annäherung an Rußland liegt in der bessarabischen Streitfrage.

MacDonald über deutsche Gleichberechtigung. Abrüstung und nicht Aufrüstung ist die Grundlage der britischen Politik im Zusammenhang mit der internationalen Abrüstungskonferenz, wie Premier MacDonald in einer Rede erklärte: Der Premier sprach bei einem „Luncheon", an dem die meisten seiner Kabinettskollegen und 300 seiner Anhänger aus der nationalen Arbeiterpartei teilnahmen.

MacDonald suchte Deutschlands Mißtrauen gegenüber der vorgeschlagenen Vier-Mächte-Besprechung in Genf zu zerstreuen und drückte die Hoffnung aus, daß die Reichsregierung ihre Einwände gegen diese Vor-Konferenz zurücknehmen werde.

„Deutschland weiß sehr wohl, daß Großbritannien sich der deutschen Forderung, auf den Abrüstungskonferenzen als gleichberechtigt betrachtet zu werden, nicht widersetzt. Unsere Politik ist nicht Aufrüstung sondern Abrüstung. Ich bedauere es aufs tiefste, daß Deutschland sich weigert, zu einer Vorbesprechung über Abrüstungsfragen nach Genf zu kommen und zwar aus Gründen, die für mich schwer zu erfassen sind. Die britische Regierung setzt einstweilen ihre Bemühungen fort und hofft, in einigen Tagen eine weitere Erklärung abgeben zu können."

Seine Zuhörer brachen in Beifall aus, als MacDonald erklärte, England wünsche eine Abrüstung, „die einen wirklichen Beitrag zur Stabilisierung des Friedens bedeute". Deutschland wisse, daß Großbritannien gewillt sei, vertrauensvollere Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn herzustellen.

„Die britische Regierung," fuhr MacDonald fort, „kann sich Europa und die Welt nicht mehr ohne den Völkerbund vorstellen. Wir halten zum Völkerbunde und den Satzungen des Völkerbundes. Ich trete für eine Abrüstung ein, die ein wirklicher Beitrag zur Stabilisierung des Friedens sein wird."

Alles in dem gegenwärtigen Stand der Abrüstungs-Situation deute auf die Notwendigkeit hin, erklärte der Premier, ein allgemeines Einvernehmen hinsichtlich Deutschlands Verlangen nach Gleichberechtigung zu erzielen, „und in der Vorbereitung dieses Uebereinkommens sollte Deutschland dafür sorgen, daß es bei einem Gedankenaustausch mit uns allen anwesend ist."

Herriots Anhang wächst in Frankreich. Die Wahlen für den französischen Senat brachten eine Stärkung der Stellung Herriots mit sich, da eine Schwenkung nach links erfolgte. 116 Senatoren mußten sich einer Wahl unterziehen. Die Abstimmung war allerdings nicht ein direkter Ausdruck der öffentlichen Meinung, da die Senatoren durch Wahlkollegien gewählt werden. Der Wahlausfall zeigte jedoch, daß einflußreiche Bürgermeister und Präfekten die Politik Herriots begünstigen.

Die linken Demokraten, die am stärksten für Herriot eintreten, machten die größten Gewinne. Sie errangen neun neue Sitze. Die Sozialisten verloren einen Sitz. Ein neugewählter Senator der republikanischen Linken gab bekannt, daß er die Politik der linken Demokraten unterstützen werde, wodurch die Gruppe einen tatsächlichen Gewinn von zehn Sitzen erzielte.

Man glaubt, daß sich die Folgen dieses Sieges des Premiers unmittelbar nach dem Zusammentritt der Kammer am 25. Oktober bemerkbar machen werden. Zu jenem Zeitpunkt beginnen die Beratungen über die Außenpolitik der Regierung und besonders über das Abkommen mit Deutschland.

Deutschlands Retter.

Von Joj. Schregel-Düren.

Deutsches Volk, du mächtigstes einst,
Trauernd liebst du am Abgrund und weinst,
Siehst zerschlagen dein Vaterland,
Verlassen, verstoßen, im Bettlergewand;
Entrechtet, geknechtet, verfemt, ohne Wehr:
Ein Schiff, gestrandet im Schicksalsmeer!

Volk der Denker und Dichter du,
Schaust dem Sterben du tatenlos zu?
Rühre und recke die ehrige Hand:
Brüder! Es geht um das Vaterland!

Fort drum mit all deinem Hader und Zwist,
Der dein heiligstes Mark zerfrißt!
Trag den Schwur in die Lande hinein:
Brüder! Wir wollen Deutsche sein!

Wir wollen uns finden, was kommen auch mag,
So will es dein Volk in Not und Schmach;
So will es der schaffende Geistesheld,
So will es der Werkmann in Wald und Feld,
So will es die Mutter am heimischen Herd,
Die deutsche Art ihre Kinder lehrt!

Ein Wollen! Ein Werden! Ein einziger Schrei:
Wir müssen uns finden, sonst ist es vorbei!
Wir müssen uns finden trotz Not und Streit,
Deutschland, dein Retter: die Einigkeit!

Erbitterte Straßenkämpfe in London

Polizei in schwerem Ringen mit plündernden Erwerbslosen.

London. — Nachdem die Polizei schon eine Demonstration von Erwerbslosen vor dem Parlamentsgebäude, in welchem die Eröffnungssitzung des Unterhauses stattfand, verhindert hatte, kam es zu erbitterten Straßenkämpfen zwischen Arbeitslosen und Polizisten, bei denen mehrere Personen schwer verletzt wurden.

Polizisten hielten den Zugang zur Westminster-Brücke erfolgreich gegen die angreifenden Massen, während andere Beamten in den engen Gassen an der Themse in zweistündigen sporadischen Kämpfen einen schweren Stand hatten.

Mehrere tausend Arbeitslose nahmen an den Demonstrationen teil. Die Polizei mußte durch Reserven verstärkt werden, die zum ersten Male Motorfahrzeuge als Barrikaden gegen die Menge benutzten. Wenn die Polizisten eine Straße geräumt hatten, drangen Schwärme von Erwerbslosen in einer Nebenstraße vor.

Im Laufe der Kämpfe nahmen Banden von jungen Burschen die Verwirrung wahr und raubten, was sie erreichen konnten. Frische Polizeimannschaften wurden herangeschafft, um dieser neuen Gefahr zu begegnen. Sie konnten jedoch erst Ordnung schaffen, nachdem eine ganze Anzahl von Geschäftsläden von den Plündernden demoliert worden war.

Die Polizei ging mit großer Schärfe gegen die Plünderer vor, und es entstanden heftige Kämpfe. Die Menge brach in einen Autozubehörteile-Laden und raffte schwere Autoteile zusammen, um sie als Waffen gegen die Polizei zu verwenden.

Die ersten Plünderungen ereigneten sich in Marsh Street, unweit des historischen Lambeth-Palais, das seit sieben Jahrhunderten den Erzbischöfen von Canterbury als Londoner Residenz dient.

Anscheinend war eine systematische Zerstörungs-Kampagne organisiert worden. Sobald die Polizei gegen einen Haufen von Plünderern vorging und ihn zurücktrieb, hörte man weiter entfernt in der Straße erneut das Krachen von zertrümmerten Fensterscheiben.

In der Boniface Street, im Schatten der alten Mauern des Lambeth Palais, wurden drei Polizisten von der vorwärtsdringenden Menge umringt. Ihre verzweifelten Pfeifensignale brachten Hilfe herbei, jedoch erst nachdem einer der Beamten unter einem Hagel von Steinen und Flaschen zusammengebrochen war.

Sieben Polizisten, die den Eingang der Tiefbahnstation Lambeth North bewachten, konnten mit Hilfe von Stationsagenten die Eingänge in letzter Minute vor der heranstürmenden Menschenmenge absperren.

Im Saint Thomas-Hospital hatten die Aerzte bald alle Hände voll zu tun, um die zahlreichen Verletzten der Krawalle zu behandeln.

Goethe-Medaille für Frankreichs Premier.

Paris. — Im Auftrage des Reichspräsidenten von Hindenburg und der Reichsregierung hat der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Leopold von Hoesch, dem französischen Ministerpräsidenten Edouard Herriot in Anerkennung seiner Bewunderung der Werke des deutschen Dichterfürsten die Goethe-Gedächtnis-Medaille überreicht.

Nach der feierlichen Ueberreichung war der Premier Gast bei einem Essen zu Ehren des deutschen Botschafters, der nach London versetzt worden ist.

Mussolini protestiert gegen Ungarns Zerreißung.

Italien will gegen die Vergewaltigung des Rechtes kämpfen.

Rom. — Ministerpräsident Mussolini gab wiederum seiner Unzufriedenheit über die bei Schluß des Weltkrieges abgeschlossenen Friedensverträge Ausdruck. Er erklärte einer Delegation von Ungarn, daß Verträge, denen politische Motive zu Grunde lägen, nicht als beständig angesehen werden können und durch den Gang der Ereignisse null und nichtig gemacht sind.

Indem er sich besonders auf den Friedensvertrag von Trianon berief, der Ungarn zerriß, erklärte der Ministerpräsident, Italien würde weiter „gegen die Rechtsvergewaltigung kämpfen, durch die Ungarn geschädigt wurde."

Signor Mussolini hat häufig betont, daß eine Revision der Friedensverträge für die Wiedergesundung der Welt nötig sei.

Die Delegation vertrat den ungarischen Bund nationalistischer Vereinigungen. Sie überreichte dem Ministerpräsidenten 300 Bände, die die Unterschriften von 2,500,000 Ungarn enthielten, als Zeichen der Freundschaft.